



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 24. Juni 2026

293. 2022/470

Weisung vom 03.06.2026:

Motion der Grüne-, SP- und GLP-Fraktion betreffend Abgabe eines Grundstücks oder einer Liegenschaft im Baurecht an eine klimagerechte Genossenschaft, Antrag auf zweite Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2022/470.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Schon als die Motion eingereicht wurde, haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass sie nicht in zwei Jahren erfüllbar ist. Das gilt grundsätzlich bei jeder Motion, die etwas mit Baurecht zu tun hat. In der Regel sind es auch nicht nur drei oder vier Jahre, die Prozesse dauern einfach länger. Das gilt auch hier. Wer uns genau verfolgt, weiss, dass mittlerweile Teams von der Bauträgerschaft bestimmt sind und ein Projektwettbewerb ausgeschrieben wurde, dessen Ergebnis bis September 2026 erwartet wird. Danach müssen das Vorprojekt und der Baurechtsvertrag erarbeitet werden; das wird noch eine Weile dauern. Wir rechnen tendenziell eher mit dem Jahr 2028 als mit dem Jahr 2027. In diesem Sinn müssen wir auf der formalen Ebene sowieso eine Fristverlängerung beantragen. Es ist unklar – dies ist die zweite Verlängerung –, wie wir weiter verfahren sollen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir in dieser Situation sind. Objektiv werden wir das Geschäft auch nach der zweiten Fristverlängerung noch nicht vorlegen können. Was den Kerninhalt betrifft, laufen momentan Abklärungen zwischen Vertretern der Bauträgerschaft und der Stadt. Dies braucht eine separate Finanzierung, wozu Diskussion im Gange sind. Wir werden dies separat einbringen, sofern das realisierbar ist. In diesem Sinn muss ich Sie um eine weitere Fristverlängerung bitten.*

Attila Kipfer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *In dieser Motion geht es darum zu prüfen, wie Liegenschaften im Baurecht an Öko-Genossenschaften überschrieben werden können, die sich an klimafreundlichen Werten orientieren. Der Stadtrat führt aus, dass die Umsetzung dieser Motion anspruchsvoll sei, weshalb eine Fristverlängerung beantragt wird. Die SVP-Fraktion lehnt die Mo-*



tion inhaltlich ab. Wir sind dagegen, dass bei der Vergabe von Liegenschaften eine gewisse Gruppe oder generell irgendjemand bevorzugt wird. Wir wollen mit unseren Steuergeldern keine Klientelpolitik subventionieren und lehnen auch die Fristverlängerung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (AL): Spannend, dass die SVP nun – kurz nach der Einführungsdebatte – behauptet, Klimaschutz sei Klientelpolitik. Die AL trägt die Fristverlängerung mit. Wir nutzen sie jedoch, um klar zu sagen, was wir von der Erfüllung dieser Motion halten und woran wir sie messen werden. Eine klimagerechte Genossenschaft ist ein Reallabor für das Leben innerhalb der planetaren Grenzen. Das umfasst viel mehr, als Häuser zu bauen, die weniger Heizenergie oder Kühlenergie im Sommer benötigen. Es heisst auch, den privaten Raum bewusst zugunsten von gemeinschaftlich zugänglichen Flächen zu verkleinern, Ernährung, Mobilität und Konsum mitzudenken, gemeinschaftliche statt individueller Lösungen zu finden, weniger wegzuerwerfen, mehr zu teilen und mehr zu reparieren. Es heisst, Entscheidungen gemeinsam und selbstverwaltend zu treffen, soziale Verbundenheit untereinander und mit den umliegenden Quartieren zu schaffen. Ausserdem bedeutet es, das aus dem Projekt gewonnene Wissen öffentlich zu teilen. Das ist ein hoher Anspruch. Kein einzelnes Projekt wird dies in Vollständigkeit einlösen können. Genau das ist der Punkt: Ein solcher Massstab darf nicht an einem einzigen Areal hängen. Er soll die Baurechtspolitik der Stadt als Ganzes prägen. Der Stadtrat hat dies selbst einmal so gesehen. Im Jahr 2023 schrieb er in der Begründung zur Ablehnung einer Motion, wir würden eine breitere Wirkung erreichen, wenn wir bei Baurechtsausschreibungen die klima- und energierelevanten Vorgaben hoch gewichten. Der Gemeinderat hat zu Recht zusätzlich auf konkreten Projekten bestanden. Die breite Wirkung, die damals versprochen wurde, lässt bis jetzt auf sich warten. Darum ist unsere zentrale Erwartung, dass die Stadt die Kriterien systematisch in alle zukünftigen Baurechtsausschreibungen einfliesen lässt. Dass das erste Projekt einen guten Teil davon erfüllen kann, trauen wir der vorgesehenen Genossenschaft durchaus zu. Die Stadt muss es allerdings wollen und die nötigen Mittel dafür bereitstellen. Wir stimmen der Fristverlängerung zu. Wir werden die Erfüllung dieser Motion aber daran messen, ob aus diesem Einzelprojekt Praxis wird.

Patrick Tscherrig (SP): Ich beziehe mich nicht inhaltlich auf den Vorstoss, sondern nur auf die Fristverlängerung. Wir stimmen dieser zu. Uns war von Anfang an klar, dass ein solches Projekt länger dauert. Das ist auch in Ordnung, solange es vorangeht. In diesem Sinn möchte ich die Erwartung deponieren, dass mit der Bauträgerschaft produktiv weitergearbeitet und in einem Jahr kein Abschreibungsantrag für die Motion gestellt wird.

Samuel Balsiger (SVP): Zuvor haben Sie eine hochdramatische Fraktionserklärung gehalten, in der Sie ein tragisches Todesopfer für Ihre Zwecke missbraucht haben. Sie sagten, man müsse jetzt vorwärtsgehen, andernfalls wäre es tödlich abzuwarten. Nun haben wir eine Motion der grossen Mehrheit der linken Seite mit SP, Grünen und GLP, die im Jahr 2022 eingereicht wurde. Jetzt stimmen Sie einer Fristverlängerung zu. Wenn die Klimakrise so dramatisch ist, warum warten Sie vier Jahre lang mit der Umsetzung? Die Kli-



3 / 3

makrise ist angeblich so tragisch, dass man keine Minute warten kann. Das ist sehr unglaubwürdig. Wofür brauchen Sie ein Labor? Sie wissen doch Bescheid, wie man die Klimakrise beenden kann. Schliesslich treten Sie bei den Wahlen mit dem Credo an: «Wählen Sie uns, dann wird die Klimakrise endlich gelöst.» Jetzt schaffen Sie es nicht einmal, ein klimagerechtes Gebäude zu bauen, wollen das Problem aber weltweit lösen.

Martin Busekros (Grüne): *Ich äussere mich nicht weiter zu dem Todesfall; Sie bringen das ständig auf. Wir fordern ein Reallabor, weil es eben nicht nur darum geht, ein ökologisches Gebäude zu bauen. Das fordern wir schon lange und wird auch mehr oder weniger umgesetzt. Unsere Forderung besteht auch darin, einen gesellschaftlichen Wandel anzureissen. Dieser beinhaltet eben nicht nur die Bauform oder das Heizverhalten, sondern auch, wie man Mobilität und Ernährung handhabt und wie man zusammenlebt – und zwar auf eine Art und Weise, die die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektiert. Leider sind wir noch nicht so weit, unternehmen aber Schritte dorthin. Dabei versucht Ihr, uns auf jede mögliche Art und Weise zu blockieren. Der Fristverlängerung stimmen wir somit zu und hoffen, dass wir bald eine solche Genossenschaft anbieten können.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 23. August 2023 überwiesenen Motion GR Nr. 2020/470 der Grüne-, SP- und GLP-Fraktion vom 28. September 2022 betreffend Abgabe eines Grundstücks oder einer Liegenschaft im Baurecht an eine klimagerechte Genossenschaft wird um weitere 12 Monate bis zum 23. August 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat